

Ragnar Leunig

**EINIGE BEMERKUNGEN ZUR ENTWICKLUNG
DER DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN
IM ZEITALTER NEUER KRISEN UND SPANNUNGEN
IM BEREICH DER WESTLICHEN UND RUSSISCHEN
SICHERHEITSPOLITIK IM XXI JAHRHUNDERT**

Polen und Deutschland – mit über 1000 Jahren Nachbarschaft und gemeinsamer Geschichte – sind zusammen in Europäischer Union (EU) und im Nordatlantik Pakt (NATO), werden konfrontiert mit Aufgaben, Herausforderungen und Krisen: Europäische Integration und Wirtschafts- und Finanzprobleme, Griechenland und Währungskrise – auch wenn Polen nicht in der EURO-Zone ist – Ukraine und Russland.

Hatte bis 2014 die wirtschaftliche und finanzielle Situation der EU-Staaten, die Stabilität des EURO und die Lage Griechenlands Politiker, Bevölkerung und Medien Europas beschäftigt, trat jetzt mit dem Ausgreifen Russlands auf die Krim und die Auseinandersetzungen um die Ostukraine, Ostmitteleuropa in den Mittelpunkt und erforderte neue Antworten. Die Kämpfe in Syrien und Irak brachten in großen Wellen Flüchtlingen nach Europa und mit ihnen neue Probleme und Herausforderungen.

Barack Obama, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der sich in seiner Außenpolitik vor allem mit dem Nahen Osten und Asien beschäftigt hatte, wurde durch die Ukraine-Krise gezwungen, politische Schwerpunkte zu verändern und das Verhältnis zu den europäischen Partnern und Russland neu zu definieren. Gleichzeitig stellte das Erstarken nationaler, nationalistischer und populistischer

Bewegungen in Frankreich, Ungarn, Dänemark, Niederlanden, Polen und zuletzt auch in Deutschland und Österreich, die parlamentarischen Demokratien in diesen Ländern und die europäische Integration vor neue Belastungen.

Durch die Ukraine-Krise geriet die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der europäischen Staaten, die seit dem Ende des Ost-Westkonfliktes gegenüber den anderen Politikbereichen in den Hintergrund getreten war, erneut in den Fokus der Diskussion. Dabei sehen sich Polen und die baltischen Staaten in besonderer Weise gefordert und wünschen eine stärkere Präsenz der NATO auf dem östlichen NATO-Gebiet, während sich die südeuropäischen Staaten wenig betroffen fühlten.

In Deutschland war und sind die Meinungen gespalten. Regierung, die meisten Parteien und die Mehrheit der Bevölkerung verurteilen die russische Politik in der Ukraine und befürworten die westlichen Sanktionen gegenüber Russland. Andere Gruppen verteidigen auch als Gegenreaktion zur unilateralen Politik des früheren US-Präsidenten George W. Bush, das russische Vorgehen. Die deutsche Wirtschaft, die von den Export-Sanktionen gegenüber Russland betroffene Industrie und Landwirtschaft, tragen diese Beschränkungen, wenn auch oft widerwillig, mit, oder treten gelegentlich für deren Abschaffung ein. Die USA – nicht so stark von der Einschränkung des Handels tangiert, wie Europa unterstützen die Sanktionspolitik. Die amerikanischen Republikaner forderten bisher eine noch härtere Gangart gegenüber Russland und setzten sich für Rüstungslieferungen an die Ukraine ein. Wie vermögen sich Polen und Deutschland auf die neuen Herausforderungen und die veränderte strategische Lage einzustellen und durch ihre gegenseitigen Beziehungen zur Lösung der Probleme beizutragen?¹

Die polnisch-deutschen Beziehungen in der Ära Tusk Merkel (2007–2014) und die Europäische Union

Mit dem Amtsantritt des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk von der liberal-konservativen polnischen Partei Bürgerplattform (PO) hatten sich Voraussetzungen für eine Verbesserung der Beziehungen der polnischen Regierung zu Deutschland und zur europäischen Union ergeben (2007). Sein Vorgänger Jaroslaw Kaczynski, von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), stand nicht nur Russland sondern auch Deutschland und der europäischen Integration skeptisch gegenüber. Allerdings war sein Zwillingsbruder Lech bis zu seinem Tod 2010 Präsident Polens und vermochte entsprechend der polnischen Verfassung

¹ K.-O. Lang, *Eine Beziehung mit Hindernissen. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Konfrontation und Zusammenarbeit*, „KraKowskie Studia Międzynarodowe“ 2006, 341–354; R. Leunig, *Entwicklung und Perspektiven polnisch-deutscher Beziehungen*, „KraKowskie Studia Międzynarodowe“ 2008, 271–284 (künftig: Leunig 2008); H.-G. Erhart, *Die Europäische Union und die NATO*, [in:] W. Weidenfeld, W. Wessels (hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, 551–556 (künftig Jahrbuch 2015).

– stärker als etwa ein deutscher Bundespräsident – Einfluss auf die polnische Politik zu nehmen.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, CDU (seit 2005), räumte den Beziehungen zum deutschen Nachbarland Polen höchste Priorität ein. Auch wegen der guten persönlichen Beziehungen zu Donald Tusk – möglicherweise auch wegen ihrer polnischen Ahnen – waren jetzt mit der Regierung Tusk die besten Voraussetzungen gegeben, um ein Höchstmaß an Kongruenz zur Überwindung von Beziehungsproblemen zu erzielen². Von Seiten der polnischen Regierung wurde auch die Wiederwahl von Kanzlerin Merkel 2009 und 2013 sehr begrüßt. Dies gilt auch für die deutsche Seite, die mit großem Respekt die Wiederwahl der Regierung von Ministerpräsident Tusk im Jahre 2011 – ein Novum in der Geschichte der jungen polnischen Demokratie anerkannte.

Auf europäischer Ebene wurde Polen in das System Schengen eingebunden (2007), was den von polnischer wie deutscher Seite gewünschten Abbau der gegenseitigen Grenzkontrollen mit sich brachte. Für Polen bedeutete es aber auch eine große Herausforderung, da das Land damit die Kontrolle der Außengrenzen nach Osten zu sichern hatte und auch für das Problem der Migration von dort zuständig war. Es mussten neue Formen entwickelt werden, um den Kontakt zum Nachbarn Ukraine nicht zu verlieren³. Außerdem ist Frontex (European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the European Union)⁴ die europäische Institution zur Kooperation an der EU-Außengrenze – in Warschau angesiedelt und hat besonders seit der Flüchtlingskrise entscheidende Aufgaben übernommen.

Deutschland hat sich aus Furcht vor einem Anstieg der deutschen Arbeitslosigkeit so lange wie möglich in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise gegen eine Arbeitserlaubnis für Arbeitnehmer aus den 2004 in die Europäische Union (EU) eingetretenen Staaten, vor allem Polen, gewandt. Zwar haben eine Vielzahl von polnischen Arbeitnehmern als Selbstständige oder auch illegal in der Bundesrepublik gearbeitet, ehe dann mit dem 1.05.2011 die Arbeitserlaubnis für alle EU-Bürger – nach Ausschöpfen der siebenjährigen Übergangszeit – eintrat. Deutschland war hier ein besonderer Bremser⁵, während die meisten EU-Staaten den Polen schon nach Eintritt Polens in die EU die Arbeitserlaubnis zugestanden.

Bei der Wanderung polnischer Arbeitnehmer spielte besonders Großbritannien eine große Rolle. Mit der verstärkten antieuropäischen Stimmung in Großbritannien (United Kingdom Independent Party – UKIP) ist hier aber der Zustrom von Hunderttausenden polnischer Arbeitnehmer seit 2004 ein Thema. In Polen hat

² Leunig 2008, 275.

³ Polen und das Schengen-Abkommen.

⁴ Frontex; W. Weidenfeld, W. Wessels (hrsg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration 14. Auflage*, Baden-Baden 2016, 493 (künftig: EU von A-Z).

⁵ Arbeitserlaubnis für polnische Arbeitnehmer in Deutschland vor allem zu Pflegekräften; „Süddeutsche Zeitung“, 20.11.2015 (künftig SZ).

die Wanderung in EU-Staaten zu einem Mangel an Facharbeitern in manchen Bereichen geführt. In Deutschland brachte der Zustrom von polnischen und anderen osteuropäischen Arbeitern trotz aller deutschen Befürchtungen, angesichts der wirtschaftlich guten Situation, bisher keine Probleme⁶.

Die Europäische Union war und ist bedeutsam für Polen. Kein EU-Land erhält mehr Geld von der EU, im Gegensatz zu dem, was das Land in die Union einzahlt. In der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU hat sich kein Land neben Deutschland so gut gehalten wie Polen. Hauptexportland ist natürlich die Bundesrepublik Deutschland, wodurch sich das Wachstum der polnischen Außenwirtschaft trotz aller wirtschaftlichen Sorgen weiter steigern konnte⁷. Eine eventuelle Einführung des unpopulären EURO verschob Donald Tusk 2013 aber auf 2020 da er bei diesem Thema einen Machtverlust gegenüber der immer stärker werdenden PiS fürchtete. Zudem hatte der niedrige Zloty-Kurs gegenüber dem EURO auch zum Export in die Länder der EU beigetragen⁸.

Der geplante Atomausstieg der Bundesrepublik Deutschland bis 2022 stieß auf Unverständnis bei der polnischen Regierung, da man hier wegen der erwarteten Energieverknappung eine Verteuerung der Stromkosten im eigenen Land befürchtete. Polen besaß kein Atomkraftwerk, plante aber, ähnlich wie Tschechien – den Bau eines solches Meilers. Die befürchtete Verknappung im Energiebereich würde auch zu einer weiteren Abhängigkeit von Russland führen. Diese Abhängigkeit hatte bereits wegen des russisch-ukrainischen Disputes zu einer Verminderung von Gaslieferungen in einige europäische Länder geführt. Die polnische Regierung setzte weiter auf Kohle und erhoffte sich eine Erleichterung im Energiebereich durch die Förderung von Schiefergas (Fracking), was sich aber nicht realisieren ließ⁹.

Den Vertrag der Europäischen Union von Lissabon hatte der von PiS kommende polnische Präsident Lech Kaczynski schließlich (2009) unterschrieben, nachdem er seinen Widerstand dagegen aufgegeben hatte¹⁰. Mit Befriedigung wurde in Polen aufgenommen, dass mit dem Polen Jerzy Buzek erstmals ein Osteuropäer Präsident des Europäischen Parlaments wurde (2009–2012). Der bisherige polnische Ministerpräsidenten Donald Tusk wurde 2014 Präsident des Europäischen Rates in Brüssel.

Der Schatten der deutsch-polnischen Vergangenheit

Trotz der guten Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung gab es wegen der deutschen Vergangenheit immer wieder Punkte, die zu Mei-

⁶ Der polnische Traum vom besseren Leben auf der Insel.

⁷ „International Herald Tribune“, 25.10.2008; SZ 28.10.2008, 18.03.2009.

⁸ SZ 14.09.2011.

⁹ „Tagesspiegel“, 7.01.2009, 11.03.2011; SZ 11.07.2011, 22.10.2011.

¹⁰ Polen gibt Widerstand gegen Lissabon-Vertrag auf.

nungsverschiedenheiten zwischen Polen und Deutschland führten. Ein besonderes Kapitel war das Problem der Renten für Menschen, die in den Ghettos arbeiten mussten, bis das Bundessozialgericht ihnen diese Rente zusprach (2009)¹¹.

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, die CDU Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, forderte für sich einen Sitz im Rat der neuen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin errichten wird. Steinbach hatte auch einen Gedenktag für die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben Deutschen vorgeschlagen. Gegen Steinbach richtete sich in Polen entschiedener Protest, da sie vielen Polen als unversöhnlich erschien und gegen die Anerkennung der Oder–Neiße Grenze gestimmt hatte. Wladyslaw Bartoszewski hatte als damaliger polnischer Außenminister 1995 das Unrecht der Vertreibung angesprochen. Jetzt aber (2008) warf er als Deutschlandbeauftragter der polnischen Regierung, Steinbach vor: „Als Europäer kann ich ihre falschen Interpretation historischer Fakten nicht akzeptieren.“ Er beschuldigte Steinbach, die deutsch-polnische Versöhnung zu behindern¹². Erika Steinbach verzichtete schließlich wegen des Drucks auf polnischer wie auch deutscher Seite auf ihren Anspruch einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu erhalten¹³. Es stellt sich aber die Frage, inwieweit dieses Zentrum gegen Vertreibungen inhaltlich – mangels polnischer Beteiligung – wohl international ausgerichtet sein kann, und zu abgewogenen Urteilen zu kommen vermag.

Polnische Politiker fordern Minderheitenrechte für die Polen in Deutschland und beklagen den wenigen Polnischunterricht in der Bundesrepublik, während von Seiten der deutschen Minderheit in Polen moniert wird, dass es keine zweisprachigen Schulen in Polen gäbe, wo viele deutschstämmige Polen („Autochthone“) leben¹⁴.

Die Ukraine, Russland und die westlichen Staaten

Die polnische wie die deutsche Politik zeigten sich befriedigt darüber, dass als Ergebnis der „oranigen Revolution“ – für die sich polnische Politiker besonders eingesetzt hatten mit den allgemeinen Wahlen in der Ukraine (2005) Wiktor Juschtschenko als Präsident und Julya Tymoschenko als Ministerpräsidentin, pro-westliche Politiker, an die Macht kamen. Sie suchten auch die Annäherung an die Europäische Union. Aber von einem Verständnis der beiden untereinander konnte man nicht die Rede sein. Die Ukraine und die EU begannen 2008 Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, das aber nicht automatisch ein erster Schritt zu einer Mitgliedschaft der Ukraine in der EU darstellen sollte¹⁵.

¹¹ SZ 3.06.2009.

¹² „Gazeta Wyborcza“ zit. in „Bocholter Borkener Volksblatt“, 12.03.2009.

¹³ SZ 3.03.2008, 7.03.2008, 9.03.2008, 19.03.2008.

¹⁴ SZ 21.09.2009, 19.05.2011.

¹⁵ Ukraine und die Europäische Union.

Der amerikanische Präsident George W. Bush wandte sich nach dem Irakkrieg wieder stärker Europa zu und versuchte die Ukraine an die NATO heranzuziehen (2008). Die polnische Regierung hätte das begrüßt. Deutscher- und französischerseits wurde das aber wegen der russischen Kritik und wegen des mangelnden Rückhaltes für die NATO in der ukrainischen Bevölkerung abgelehnt¹⁶. Die US Regierung trieb – trotz massiver russischer Kritik aber mit polnischem Einverständnis – das Projekt einer Stationierung eines Raketenschutzschildes gegen „Schurkenstaaten (Iran, Nordkorea) in Polen voran. Russischerseits wurde dies als direkte Bedrohung des eigenen Landes betrachtet. Bushs Nachfolger Obama hat die Pläne für eine Raketenschutzschild in Polen gestoppt¹⁷.

Polen hatte sich als Teil von „New Europe“ (US-Verteidigungsminister Rumsfeld) auch am Irak- und Afghanistan-Einsatz beteiligt. Es hatte sogar gestattet, dass „terroristische Gefangene“ in geheimen Lagern von den USA gefangen gehalten wurden. – Lange hatte die polnische Politik die NATO aus Sicherheitsgründen gegenüber Russland für wichtiger gehalten als die Europäische Union. Um so größer war die Enttäuschung darüber, dass die Vereinigten Staaten die Visumpflicht für Polen – im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten – aufrecht erhielten.

Der neue amerikanische Präsident Barack Obama war stärker an Nahem und Mittleren Osten (Beendigung von Irak- und Afghanistankrieg) und Asien als an Europe interessiert. Er hatte nicht nur die Schutzschildstationierung von Raketen in Polen aufgegeben. Auch auf die Annäherung der Ukraine an die NATO wurde verzichtet. Obama hoffte auf eine Annäherung an Russland, mit dem die USA einen neuen START-Vertrag zur Reduzierung von Atomwaffen abschlossen. Der 2010 in der Ukraine gewählte russlandnahe Präsident Wiktor Janukowitsch – der in der „orangenen Revolution“ gescheitert war, lehnte jede Verbindung zur NATO ab¹⁸.

Die Ukraine Krise und die westliche Politik

Stattdessen verlängerte Präsident Janukowitsch den Vertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte mit Russland bis 2042 und handelte dafür eine Verbilligung bei den russischen Gaspreisen ein. Die Gegenkandidatin von Janukowitsch bei der Präsidentschaftswahl, Julya Tymoschenko wurde wegen

¹⁶ EU A-Z, 13. Aufl., 201–212.

¹⁷ R. Leunig, *Die amerikanische Außenpolitik in einer Zeit der Krisen*, [in:] *Partnerstwo Wschodnie. Wielka szansa Europy*, hrsg J. Sawczuk, Poznań–Chorzów 2011, 315–328, hier 321 (künftig Leunig 2011); SZ 17.2009, 26.2009, 22.10.2009, 3.03.2011, 30.05.2011.

¹⁸ R. Leunig, *Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Ukraine*, [in:] *Polska i Niemcy wobec przemian na Ukrainie. Polen und Deutschland angesichts des Wandels in der Ukraine*, Rzeszów 2015, 11–28, hier 17f. (künftig Leunig 2015).

Veruntreuung von Staatsgeldern verurteilt. Dies wurde in Polen und Deutschland heftig kritisiert, lenkte aber von dem eigentlichen Problem ab¹⁹.

2013 war das Assoziationsabkommen der Ukraine mit der EU unterschiftsreif. Zwar hatte der russische Präsident Wladimir Putin vor der „oranigen Revolution“ gesagt, dass aus russischer Sicht, wegen der engen wirtschaftlichen Verbindung der Ukraine zu seinem Land, nichts gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU einzuwenden sei. Da ging Putin aber noch davon aus, dass der russlandnahe Janukowitsch Präsident werden würde²⁰ – 2013 konfrontierte der russische Präsident seinen ukrainischen Kollegen aber mit der Alternative: Bei einer Unterschrift Janukowitschs unter den EU-Assoziationsvertrag würden die russisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen beendet. Stattdessen bot er der Ukraine eine Mitgliedschaft in der von Russland dominierten Eurasischen Gemeinschaft an, die eventuell auch Verhandlungen mit der EU aufnehmen könne.

Janukowitsch unterschrieb nicht, enttäuschte damit die Hoffnungen auch Polens und Deutschlands auf eine Anbindung der Ukraine an den Westen. Mit dieser Entscheidung löste er aber die Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan aus, die sich gegen diese Abkehr vom Westen, aber auch gegen den korrupten Präsidenten richteten. Janukowitsch floh nach Russland und wurde nach Wahlen von den prowestlichen Petro Poroschenko als Präsident und Arsenij Jazenjuk als Ministerpräsident abgelöst.

So ergaben sich zwei Fehleinschätzungen: Die westliche Politik hatte nicht berücksichtigt, wie schwer es der Ukraine fallen musste sich für den Westen und damit gegen Russland zu entscheiden. Die russische Politik hatte den Willen in der Ukraine unterschätzt, sich stärker an den Westen zu binden²¹. Ein Heranziehen der Gesamtukraine war damit für Putin gescheitert, wohl aber ergab sich aus russischer Sicht noch die Möglichkeit von Teillösungen. 22)

Die Krim ist mehrheitlich russischsprachig. Dort lag die russische Schwarzmeerflotte. In einem russisch gestützten „Tarnkappenkrieg“ (Dausen/Thumann), was von Putin später zugegeben wurde und nach einem von der Ukraine nicht anerkannten Referendum, wurde die Krim von Russland annektiert. Die Führung der Krim-Tataren wird seither verfolgt. Begründet wurde die Annexion von russischer Seite damit, dass die Krim historisch zu Russland gehöre (seit 1783) und mit dem „Schutz der Landsleute“, obwohl hier keinerlei Einschränkung von ukrainischer Seite bestand. Die Krim hatte sich bei der Unabhängigkeit der Ukraine (1991), knapp aber mehrheitlich, für die Ukraine ausgesprochen²². Putin bestritt, dass es eine völkerrechtswidrige Annexion sei. Er verwies auf die Unabhängigkeitserklä-

¹⁹ „Spiegel“, 14.11.2014, 17–22.

²⁰ Putin im Gespräch mit spanischem Regierungschef Zapatero 10.12.2004.

²¹ „Spiegel“, 14.11.2014, 17–22; A. Portnov, *Postsowjetische Hybridität* „Eurorevolution“, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 64 (47–48, 2014), 3–9 (künftig APuZ).

²² „Das Parlament“, 29.03.2010; F. Schnell, *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*, APuZ, 47–48 (2014), 10–17, hier 19.

rung des Kosovo (2010), was von einem UNO-Gerichtshof als rechtens anerkannt wurde. Hier hatte die NATO aber erst nach schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen der Serben gegen die Kosovaren eingegriffen (1999)²³.

Im Namen der G 7 Staaten sprach der kanadische Premierminister Stephen Harper – auch für die Unterzeichner USA und Großbritannien, dass Russland als Mitunterzeichner das Budapester Memorandum von 1994 verletzt habe, das von „...an explicit Russian guarantee of territorial integrity“ als Gegenleistung für den Abzug von Nuklearwaffen aus der Ukraine nach Russland spreche. Die USA unter Bill Clinton waren in hohem Maße – wie bei Barack Obama im Falle des Iran – an der Reduzierung von Nuklearstaaten interessiert²⁴. Die Annexion der Krim war die erste eklatante Verletzung des Völkerrechts in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im mehrheitlich russischsprachigen und industriell geprägten Donbass in der Ostukraine gab es zweifellos ein gegen die Hauptstadt Kiew gerichtetes Meinungsbild. Mit russischer militärischer Hilfe führte das zu einer separatistischen Abspaltung der Region um Donezk und Luhansk an der Grenze zu Russland und zu heftigen Kämpfen mit ukrainischen Truppen und vielen Opfern.

Verhandlungen im September 2014 führten zu einem brüchigen Waffenstillstand mit weiterhin vielen Opfern. In Minsk II im März 2015 wurde in einem Sitzungsmarathon von Merkel, dem französischen Präsidenten Francois Hollande, Poroschenko und Putin ein Maßnahmenpaket beschlossen, das erst teilweise umgesetzt, den Zustand des Waffenstillstandes verbesserte, besonders seitdem Russland im September 2015 in den Syrienkonflikt eingriff.

Im Sommer 2014 beschloss die Europäische Union einhellig Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen sind Einreiseverbote für Personen, Maßnahmen gegen Unternehmen, aus einem Waffenembargo, Exportverbote für Güter für die Ölindustrie und keine Kreditvergabe in EU und USA an Staatsbanken für Rüstungs- und Ölindustrie²⁵. Die USA schloss sich diesen Sanktionen vollkommen an. Allerdings ist ihre Exportabhängigkeit von Russland sehr viel geringer als die der Staaten der Europäischen Union²⁶.

Am meisten betroffen zeigten sich in der Ukraine-Krise die baltischen Staaten und Polen. Estland, Lettland und Litauen mit einer starken russischsprachigen Minderheit, sahen sich als ehemalige Teile der Sowjetunion durch die russische Drohung vom „Schutz der Landsleute“ in besonderer Weise bedroht. In ähnlicher Weise reagierte die polnische Politik. Hier wurde festgestellt, dass man die deutsche Regierung schon früher auf die besondere Gefährdung durch Russland hingewiesen habe, ohne auf eine entsprechende Resonanz in der Bundesrepublik zu stoßen. Man führte das auch auf die Energieabhängigkeit des Landes von Rus-

²³ Warum die Ukraine nicht Kosovo ist.

²⁴ Budapest Memorandum. Security Assurances.

²⁵ USA: Ukraine – Konflikt verschärfen Sanktionen gegen Russland.

²⁶ Russland-Sanktionen aktuell.

sland zurück, die sich auch in der Energiepipeline Nord Stream von Russland und Deutschland manifestierte und zu starker Verstimmung im deutsch.-polnischen Verhältnis geführt hatte²⁷.

In der Beurteilung der Haltung Russlands gegenüber der Ukraine und in der Frage der Sanktionen waren sich die polnische und deutsche Regierung einig. Die Annexion der Krim durch Russland und die russische militärische Hilfe für die Separatisten in der Ostukraine wurden als Bruch des Völkerrechts gesehen. In der Europäischen Integration hatte man seit dem Zweiten Weltkrieg eine Politik des friedlichen Interessenausgleichs betrieben. Ein militärisches Eingreifen in Nachbarländer war ausgeschlossen²⁸.

Die meisten deutschen Parteien stimmten mit der Haltung ihrer Regierung überein. Aber im rechten und linken Spektrum der Politik gab es Meinungsäußerungen, die das Vorgehen der russischen Politik entschuldigten oder sogar positiv berteilten. Gespeist wurde diese Position durch das Misstrauen gegenüber der amerikanischen Politik, die durch Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen, Fehlinformationen vor dem Irakkrieg, Ausspähen selbst von Partnern und durch Drohnenangriffe – vor allem in der Ära von George W. Bush – eine grundlegende Abneigung gegenüber den Vereinigten Staaten erzeugt hatte²⁹. Die deutsche Wirtschaft trägt trotz Exporteinbußen die Sanktionen mit. Aber es gibt immer wieder Stimmen aus Wirtschaftskreisen, die aus ökonomischen Gründen auf ein Ende der Sanktionen gegenüber Russland drängen³⁰.

Die Ukraine leidet. Es gab schon vor dem Eingreifen Russlands eine Wirtschaftskrise. Sie wurde verschärft durch den Verlust der Krim, die Opfer, durch die Auseinandersetzungen im Donbass und die praktische Abtrennung dieses wirtschaftlich wichtigen Teil des Landes. Die wirtschaftlich so bedeutsamen Beziehungen zu Russland bestehen nicht mehr. Die Ostukraine kommt auch nach Minsk II nicht zur Ruhe. Erst Teile der Vereinbarungen sind umgesetzt. Vor allem die Wahlen in der Ostukraine haben noch nicht stattgefunden³¹. Dazu kommt die innere Instabilität. Es gibt ein großes Misstrauen in der Gesellschaft, die dem Einfluss der Oligarchen nicht traut. Zu diesen Oligarchen zählt auch Präsident Petroschenko, der die von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten inneren Reformen zu bremsen scheint oder nur zögerlich umsetzt. Es ist die Frage, ob der Ministerpräsident Wolodymir Hrojsman, ein Vertrauter des Präsidenten, der Jazenjuk abgelöst hat, die Reformen wirklich vorantreiben kann³². Korruption ist das schleichende Übel des Landes. Hunderttausende Men-

²⁷ J. Thimm, *Herausforderungen für das atlantische Bündnis. Die Ukraine-Krise und die NSA-Affäre*, APuZ 64 (50–51) 3–9; Schnell APuZ (47–48), 10–17.

²⁸ SZ 18.12.2014.

²⁹ C. Hacke, *Politik-Logiken im Ukraine-Konflikt*, APuZ 64 (47–48) 2014, 40–47.

³⁰ Schröder warnt vor neuen Russland-Sanktionen.

³¹ „Tagesspiegel“, 2.02.2016; SZ 1.03.2016.

³² SZ 14.04.2016.

schen sind inzwischen nach Polen oder anderen Ländern gegangen, um der Krise des eigenen Landes zu entgehen.

Der IWF ist ein Kreditgeber, der der Ukraine entgegenkommen möchte, weil diese Institution weiß, wie schwierig die Umsetzung von Reformen in der Ukraine ist³³. Die Europäische Union hat inzwischen das Assoziationsabkommen mit der Ukraine abgeschlossen, das von der Ukraine und 27 Ländern ratifiziert wurde und das diesem Land neue wirtschaftliche Chancen auf dem Weg nach Europa eröffnet, ohne aber automatisch zu einer EU-Mitgliedschaft zu führen. Nur in den Niederlanden ist ein nicht bindendes Referendum über dieses Assoziationsabkommen von der Mehrheit der Wähler, bei geringer Wahlbeteiligung, abgelehnt worden. Die niederländische Regierung, die EU und die ukrainische Regierung sehen sich nun gezwungen Modifikationen vorzunehmen, die dem Abkommen doch seine Gültigkeit verschaffen³⁴.

Es stellt sich die Frage, ob sich bei Referenden die Wähler wirklich mit den gestellten Abstimmungsinhalten befassen. Schon bei den Referenden 2005 über die europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, stimmten die Wähler nicht gegen die Verfassung, deren Inhalt sie kaum kannten sondern gegen die eigene Regierung. So auch in den Niederlanden 2016: Hier manifestierte sich ein Misstrauen der Bürger gegenüber der Europäischen Union.

Angesichts der vielfachen Probleme der Ukraine kann man von einer Staatskrise sprechen. Die anderen russischsprachigen Regionen wie Charkow, oder Odessa haben sich den Separatisten nicht angeschlossen. Polen, Deutschland, die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds sind weiterhin bereit der Ukraine bei der inneren Stabilisierung zu helfen.

...und Russland

Putin hat das Ende der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet³⁵. Handelt es sich bei der russischen Politik auf der Krim und in der Ostukraine um einen Ansatz die alte imperiale Größe wiederherzustellen oder ist es der Versuch, an den Grenzen „Einflusszonen“ zu schaffen? Manchmal scheint der Beobachter in die Zeiten von Chruchtschow oder Breschnew zurückzufallen, wenn er versuchen musste „Kremlastrologie zu betreiben – Der Versuch die Ukraine über die Eurasische Union an Russland heranzuziehen war gescheitert. Aber die Möglichkeit zu russischen Ausgreifen besteht nicht nur gegenüber weiteren ost-und südeuropäischen Regionen mit russischsprachiger Bevölkerung aber auch in Abchasien, Südossetien (Georgien, und zudem in Transnistrien) Moldawien, wo bereits russischer Einfluss existiert³⁶.

³³ IWF ändert Kreditregeln zugunsten der Ukraine.

³⁴ Niederländer lehnen EU-Vertrag mit der Ukraine ab.

³⁵ Zitiert nach Putin. Er steht vor der Entscheidung seines Lebens.

³⁶ Leunig 2015, 25.

Ein neues Moment entsteht durch das russische Eingreifen mit Flugzeugangriffen gegen die Opposition in Syrien auf der Seite des Präsidenten Assad. Die syrische Regierung schien weiter an Boden zu verlieren. Bei einem Scheitern Assads hätte Russland seinen Einfluss im arabischen Raum und seinen einzigen Mittelmeerstützpunkt Tartus verloren. Nach dem plötzlichen russischen Rückzug aus Syrien nach Geländegewinnen der Regierung stellt sich die Frage: Erfolgte diese Entwicklung weil man das eigene Ziel erreicht sah oder war es eine Maßnahme, um die eigenen Finanzen zu schonen. Jedenfalls hatte Russland nach dem Ausgreifen in der Ukraine und den Eingriffen in Syrien sich selbst bewiesen und auch der Welt gezeigt, dass man als Weltmacht anzusehen sei. Heißt das, dass Russland jetzt auch in anderen Regionen wieder aktiv werden will, etwa in der Ukraine? Aber auch die USA sehen nach dem russischen Eingreifen in Syrien, dass Möglichkeiten zu einer Kooperation mit Russland bestehen³⁷.

Putin darf sich bei dem russischen Ausgreifen in der Ukraine in Krim und Donbass der Unterstützung der Mehrheit der russischen Bevölkerung sicher sein. Dazu trägt auch die Informationspolitik der Regierung bei. Diese Informationspolitik greift auch nach Westen über, wie das in Moldawien, bei der Unterstützung von Rechtspopulisten, etwa der Front National in Frankreich und bei der versuchten Einflussnahme auf Russlanddeutsche spürbar wird³⁸.

Warum hat Russland in Minsk I und II einem, wenn auch brüchigen, Waffenstillstand in der Ostukraine zugestimmt? Sicher hätte Putin gerne die geographische Verbindung vom Donbass zur Krim hergestellt, die bisher keinen direkten Kontakt zu Russland besitzt. Zudem spricht die russische Politik beim Donbass nicht mehr von Nowija Rossija – Neurussland. Dies ist sicher darauf zurückzuführen, dass damit die russische Einflussnahme auf weiterhin ukrainische Regionen einen NATO-Beitritt der Ukraine blockieren kann. Ähnlich wie im Falle der Krim hat Putin auch bei der Ostukraine schließlich einen militärischen Einsatz Russlands zugegeben. „Wir haben nie gesagt, dass dort keine Leute seien, die bestimmte Aufgaben ausübten, ausschließlich im militärischen Bereich.“ Das bedeutet aber nicht, dass reguläre russische Soldaten in der Ostukraine sind. „Achten Sie auf den Unterschied!“³⁹

Die russische Zurückhaltung in der Ostukraine hat zweifellos finanzielle Gründe. Die Sanktionen treffen die russische Wirtschaft. Dazu kommt der Abzug von Investitionen und die Verschuldung Russlands im Ausland. Die russischen Banken können keine Kredite für Öl- und militärische Projekte im Westen mehr aufnehmen. Der Rubel ist verfallen. Dadurch steigen die Importpreise und die Inflation. Die Kosten für Krim und Donbass sind bedeutend⁴⁰.

³⁷ SZ 25.02.2016; ZEIT 18.03.2016; „International New York Times“, 16.03.2016.

³⁸ Putin-Vertrauter finanziert Front National; SZ 20.01.2016.

³⁹ Putin. Es gab einen Militäreinsatz in der Ostukraine (17.12.2015).

⁴⁰ „New York Times“, 12.12.2014, 1, 4; *Wegbrechende Einnahmen- Ölpreisverfall würgt Russlands Wirtschaft ab*, SZ 18.12.2014.

Noch gravierender ist der Ölpreisverfall. Russland kann die Produktion von Öl und den Verkauf nicht einschränken, da die Energie einen Großteil des russischen Exportes ausmacht und auch der russische Haushalt stark von den Einnahmen aus dem Energieverkauf profitiert⁴¹. Die einseitige Ausrichtung auf Energie mit schnellen Gewinnen und mit der Möglichkeit der politischen Instrumentalisierung der Energieabhängigkeit anderer Länder hat Putin zu verantworten, der seit 1999 die Geschicke Russlands bestimmt. Er hat die Vorschläge zur Diversifizierung der russischen Wirtschaft von Präsident und „Staathalter“ Medwedew nie umgesetzt. Jetzt treffen die westlichen Maßnahmen und die „Ungunst der Stunde“ mit dem Energiepreisverfall Russland doppelt⁴². Jeder russische Bürger bekommt die finanziellen Einschränkungen direkt zu spüren. Die Zustimmung zum Präsidenten Putin ist weiterhin sehr hoch, während Staat und das Parlament Duma angesichts der Wirtschaftslage stark kritisiert werden⁴³. Es mag daher sein, dass diese Situation Russland zu einer kompromissbereiteren Haltung gegenüber dem Westen zwingt.

Die politische Wende in Polen und die deutsche und europäische Reaktion

Nach dem Ende der Regierung Jaroslaw Kaczynski 2007 angesichts der Auseinandersetzungen mit Deutschland und der Europäische Union um Ostsee-Gaspipeline und EU-Vertrag (Vertrag von Lissabon) erlahmte das Interesse in den deutschen Medien und der deutschen Bevölkerung an Polen und den deutsch-polnischen Beziehungen⁴⁴.

Man erkannte, welche Bedeutung der Kriegsbeginn des Zweiten Weltkrieges für Polen besaß, erkannte an, dass Angela Merkel zum Gedenktag des 1.09.1939 zur Westerplatte, nach Gdansk/Danzig reiste, wo der Krieg begonnen hatte⁴⁵. Mit Betroffenheit wurde über den polnischen Flugzeugabsturz mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski und 94 weiteren hochrangigen polnischen Politikern und Militärs vor Smolensk auf dem Wege nach Katyn berichtet. Die deutschen Medien schrieben aber auch über die innenpolitischen Auseinandersetzungen und den Vorwürfen von Jaroslaw Kaczynski (PiS), dass die polnische Regierung und Russland eine Mitschuld am Absturz seines Bruders Lech und der weiteren Personen trage⁴⁶.

Positiv wurde es in Deutschland aufgenommen, dass Donald Tusk und seine Regierung der Bürgerplattform (PO) 2011 wiedergewählt wurden. Zum ersten Mal nach 1989 ging damit eine polnische Regierung in eine zweite Regierungszeit. Donald Tusk wurde als Anti-Kaczynski angesehen⁴⁷. Der wirtschaftliche Aufschwung

⁴¹ „New York Times“, 12.11.2014, SZ 12.12.2014.

⁴² SZ 12.01.2016.

⁴³ SZ 27.04.2016.

⁴⁴ Leunig 2008, 284.

⁴⁵ SZ 28.08.2009.

⁴⁶ SZ 9.04.2011; 30.07.2011; ZEIT 14.04.2011; 6.10.2011.

⁴⁷ SZ 11.10.2011.

in Polen in einer Zeit der europäischen Wirtschaftskrisen wurde sehr anerkannt. Es wurde aber auch festgestellt, dass das Land zwiegespalten sei. Der Westen und Norden, wirtschaftlich entwickelt, sei auf Deutschland und die Europäische Union ausgerichtet wählte die Bürgerplattform PO. Der Osten mit den an Litauen, Weißrussland und Ukraine angrenzenden Wojwodschaften, wirtschaftlich mehr zurückgeblieben, mit wenig Kontakt zu Deutschland und EU, sehe den westlichen Nachbarn noch immer als Besatzer und wählt nationalkonservativ, die Partei Recht und Gerechtigkeit von Jaroslaw Kaczynski⁴⁸.

Dem Ministerpräsidenten Donald Tusk wurde in den nächsten Jahren mangelnder Reformeifer vorgeworfen, obwohl der verstorbene Präsident Lech Kaczynski von PiS – durch den von der PO kommenden Präsidenten Bronislaw Komorowski abgelöst wurde und damit eine einheitliche Politik möglich war. – Eine Altlast aus der Ära George W. Bush hatte die polnische Regierung zu tragen. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, hat Polen 2014 für die Inhaftierung und Folterung in einem geheimen CIA-Gefängnis (2002v2003) im Nordwesten Polens mitverantwortlich gemacht⁴⁹.

Verwunderung drückten die deutschen Medien und auch ein Teil der deutschen Bevölkerung darüber aus, dass Polen sich unwillig zeigte, entsprechend der Vorstellungen der Europäischen Kommission, Flüchtlinge aufzunehmen. Zwar leben, arbeiten und studieren Hunderttausende von Ukrainern in Polen. Aber die Migranten außerhalb Europas machen weniger als ein Prozent der Bevölkerung aus. Die „Angst vor Unbekannten“, Nichtchristen, Terroristen treiben Teile der polnischen Bevölkerung um, aus genutzt von der nationalkonservativen PiS und kaum widersprochen von PO wegen der anstehenden Wahlen im Lande⁵⁰. Trotz der relativ guten Wirtschaftslage hatte die polnische Regierung auch auf die Einführung des EURO verzichtet, obwohl es inzwischen von EU Eurostaaten umgeben ist.

Lange hat man in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen und hier ist ein eklatantes Versäumnis der deutschen Medien festzuhalten, dass die nationalkonservative Partei PiS in Umfragen an der regierenden Bürgerplattform PO vorbeigezogen war. Der als amtsmüde angesehene Donald Tusk, der als Präsident des Europäischen Rates 2014 nach Brüssel gegangen war, wurde von Ewa Kopacz, der bisherigen Präsidentin des Sejm, ebenfalls PO, ersetzt. Ihr stärker als linksorientiert verstandener Kurs wird von manchen als ein Grund für den Absturz von PO bei den Parlamentswahlen angesehen. Eine europäische Konvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen war umgesetzt worden. Dieses als „Gender-Ideologie“ bezeichnete Dokument und ein geplantes Gesetz zur Legalisierung von künstlichen Befruchtungen, wurden von PiS und der katholischen Kirche vehement kritisiert⁵¹.

⁴⁸ SZ 8.10.2011

⁴⁹ SZ 28.07.2014.

⁵⁰ SZ 3.07.2015.

⁵¹ SZ 15.04.2015.

Noch am Tage vor der Präsidentenwahl hatten deutsche Medien den bisherigen Amtsinhaber Komorowski als "Polens Ersatzkönig" bezeichnet und seine Wiederwahl vorausgesagt⁵². Knapp ewonnen aber hatte in der Stichwahl der bisher fast unbekannte EU-parlamentarier Andrzej Duda, von der Partei Recht und Gerechtigkeit, der Steuererleichterungen und die Rückkehr von 67 Jahren auf das bisherige Rentenalter von 65 Jahren versprochen hatte.

Zwar zeigt die Karte Polens wie bei früheren Wahlen Westen und Norden wählen den PO-Kandidaten, der Osten den PiS-Politiker. Die Präsidentschaftswahlen wurden aber von den jungen Menschen (19–29) entschieden, die zu über 60 Prozent Duda und nicht den „etablierten“ Komorowski wählten. Kaczynski ist zwar der Vorsitzende der Partei PiS, hatte es aber vorgezogen, nach seinen Wahlniederlagen 2007 als Ministerpräsident und 2010 als er der Nachfolger seines Bruders Lech Präsident werden wollte, das "unbeschriebene Blatt" Duda vorzuschieben⁵³. Es zeigt sich das kurze politische Gedächtnis der Wähler. In der Ukraine wurde 2010 Janukowitsch gewählt, der 2005 durchgefallen war. 2016 wurde in Polen die Partei PiS gewählt – mit Kaczynski im Hintergrund – die man 2007 abgewählt hatte.

Dass es sich wie bei Wahlen in Frankreich, Niederlanden, Deutschland und Österreich jetzt in Polen teilweise um rechtspopulistische Protestwahlen handelte, kann man daran erkennen, dass beim ersten Durchgang zur Präsidentenwahl in Polen der Sänger Pawel Kukiz, der ohne jede politische Erfahrung war, 20 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war mit 55% relativ hoch für Polen⁵⁴, lag auch bei der Parlamentswahl im Oktober 2015 über 50%.

Bei dieser Wahl erhielt die Partei Recht und Gerechtigkeit PiS, wie jetzt schon erwartet, mit 37,6% der Stimmen und 235 der 460 Abgeordneten die absolute Mehrheit im Sejm. Erstmals kann in Polen nach 1989 eine Partei alleine regieren. Die bisher verantwortliche Partei Bürgerplattform kam nur auf 24,1% mit 154 Sitzen Kukiz kam auf 8,8% und eine neue liberale Partei des Ökonomen Ryszard Petru auf 7,6%. Da für Wahlbündnisse 8% der Stimmen notwendig sind, kam eine linke Gruppierung nicht in das Parlament. Erstmals gibt es keine linke Partei mehr im Sejm Da wegen der 5% beziehungsweise 8% Klausel sehr viele Stimmen weggefallen sind, reichte PIS ein Ergebnis unter 40% zur absoluten Mehrheit.

Nur 19% der möglichen Wähler haben die nationalkonservative Partei gewählt. Betrachtet man im Vergleich die Präsidentenwahlen in den USA, so liegt dort die Wahlbeteiligung auch nur bei etwa 50%. Ein Blick auf die Karte von Polen zeigt: Bei diesen Wahlen haben sich die Verhältnisse gegenüber 2011 völlig verschoben. Nur noch in Vorpommern und Pommern lag die PO vor PiS. Selbst in Großpolen (Poznan/Posen), einem Schwerpunkt der PO vermochte PiS knapp zu siegen. Auch hier bewährte sich die Strategie von Jaroslaw Kaczynski. Die bisher

⁵² „Die Welt“, 9.05.2015.

⁵³ Präsidentschaftswahl in Polen; ZEIT 22.05.2015.

⁵⁴ Duda wird neuer Präsident in Polen.

völlig unbekannte Sejm-Abgeordnete Beata Szydlo wurde offiziell Ministerpräsidentin, während Kaczynski die eigentliche Entscheidungsmacht in Händen hält⁵⁵.

Als Gründe für den politischen Schwenk der polnischen Wähler genügt es nicht allein auf die Abnutzungserscheinungen der bisherigen Regierungspartei PO und etwaige Fehler der letzten Ministerpräsidentin zu verweisen. Zwar haben die PO-Regierungen mit den Milliarden Subventionen der Europäischen Union Polens Infrastruktur verbessert, den Strukturwandel der Landwirtschaft vorangetrieben und dazu beigetragen, dass das Bruttosozialprodukt des Landes seit 2004 fast um die Hälfte wuchs. Die Zahl der Beschäftigten stieg.

Aber die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent. Die jüngeren Menschen können nicht mehr mit der Zeit vor 1989 vergleichen, wie das Ältere tun. Sie stoßen sich an den niedrigen Löhnen, der Unsicherheit der Arbeitsplätze und vergleichen ihr Land mit Westeuropa. Fast 2 Millionen Menschen haben ihr Land in den letzten Jahren verlassen. Die meisten gingen nach Großbritannien. Den Wählern erschien die Demokratie so stabil zu sein, dass sie in einem Regierungswechsel keine Gefahr sehen. Die Versprechungen von Pis stießen auf positive Resonanz, obwohl ihre Finanzierung unklar war und ist. Die Hinwendung zu einer nationalen Sicht und nationalen Symbolen gewann an Zugkraft⁵⁶. Allerdings gab es bereits früh auf deutscher Seite Warnungen, dass Kaczynski einen Staatsumbau zu einem autoritären Staat nach dem Beispiel von Orbans Ungarn plane⁵⁷.

Da jetzt Präsidentschaft, Parlament und Regierung in einer Hand sind, braucht der Präsident seine Vollmachten, die größer sind als die des deutschen Präsidenten (Ratifizierung der Gesetze, Oberbefehlshaber und Kompetenzen auch im Bereich der Außenpolitik) nicht voll auszuspielen.

Die neuen Regierenden begannen sofort mit dem Umbau des Staates. „Wir werden Polen reparieren“, sagte Kaczynski. Das Volk habe dazu den Auftrag erteilt, nicht wirtschaftlich aber politisch und moralisch⁵⁸. Der erste Zugriff galt dem Verfassungsgericht. Vom früheren Sejm bestellte Richter wurden vom Präsidenten nicht vereidigt, wohl aber Richter von der neuen Regierung bestimmt. Das Gericht dürfe nach dem neuen Gesetz nur in voller Stärke tagen und mit Zweidrittel Mehrheit entscheiden. Das würde dazu führen, dass Verfassungsbeschwerden gegen dieses neue Gesetz über Jahre nicht entschieden werden können. Das Verfassungsgericht entschied, dass ein Gesetz, das die Kompetenzen des Gerichts beschneide, nicht verfassungskonform sei. Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, gleichzeitig Justizminister, sprach dem Verfassungsgericht jede Legitimität ab. Das Urteil des Gerichtes wurde nicht veröffentlicht. – Damit ist die klassische Gewaltenteilung,

⁵⁵ Parlamentswahlen in Polen; Offizielles Wahlergebnis in Polen bestätigt Machtwechsel, <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/offizielles-wahlergebnis-in-polen-bestaetigt-machtwechsel/story/30932799>.

⁵⁶ ZEIT 28.05.2015; Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin 113 (03/2015), 63–65.

⁵⁷ APuZ 16.11.2015, 25–30.

⁵⁸ SZ 29.05.2015.

Grundlage der Demokratie, aufgehoben. Kornel Morawiecki, einst einer der wichtigsten Männer der antikommunistischen Opposition, legitimierte dieses Vorgehen mit den Worten: „Über dem Recht steht das Wohl des Volkes“⁵⁹.

Die deutschen Medien und auch die Politik schenkten dem Rechtsruck nach der Parlamentswahl und dem Weg zur „illiberalen Demokratie“ ihre volle Aufmerksamkeit, nachdem die Präsidentenwahl noch mit Überraschung registriert wurde. Bundestagspräsident Norbert Lammert hob unter dem Titel „Streit muss sein, liebe Polen“, die Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts für die bundesdeutsche Demokratie hervor. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polleninstituts wandte ein, dass es schon bisher beim Thema Energie, Flüchtlinge unterschiedliche Auffassungen zwischen Polen und Deutschland gegeben habe. Es sei jetzt schwieriger gemeinsame Positionen zu finden. PiS werde allein regierend „...in der Wirtschafts- und Steuerpolitik schnell an die Realitäten erinnert werden.“ CDU-Fraktionschef Volker Kauder sagte dem „Spiegel“, bei Verstößen gegen die europäischen Werte durch Polen „müssen die Mitgliedstaaten den Mut zu Sanktionen haben“. Auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz bezeichnete die Politik der PIS-Regierung „als gelenkte Demokratie nach Putins Art“. Verschiedene polnische Minister verbat sich die Kritik von deutscher Seite, obwohl auch Nichtdeutsche sich kritisch zur polnischen Politik äußerten. So wies der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro Äußerungen des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger zurück: Derartige Bemerkungen „von einem deutschen Politiker lösen bei den Polen die schlimmsten Assoziationen aus“. Dies sind Töne, von denen man gehofft hatte, dass sie der Vergangenheit angehören.

Der nächste politische Eingriff in Polen galt den Medien. Die öffentlich-rechtlichen Medien werden durch Gesetz in „nationale Kulturinstitute“ umgewandelt. Ein Minister entscheidet über die Besetzung der Gremien, kritische Journalisten sind bereits entlassen. Die Sendungen des öffentlichen Fernsehens werden jetzt stark durch nationale Gedenktage, Umzügen mit polnischen Fahnen und Gottesdienste bestimmt. Das Abtreibungsverbot in Polen soll weiter verschärft werden. Kritisch wird von deutschen Medien die Wende in der Geschichtspolitik beobachtet, dass etwa das in Gdansk/Danzig geplante Museum des „2. Weltkrieges“, patriotischen Vorstellungen entsprechen soll. Die Identität junger Menschen in Polen soll sich „nur auf Würde und Stolz stützen (Kaczynski)⁶⁰“.

Gegen die Gefährdung der polnischen Demokratie protestierten in Warschau und anderen Städten von 50 000 bis zu 20 000 Menschen. In Warschau und anderen polnischen Städten. Liberale Zeitungen wie die „Gazeta Wyborcza“ sprachen von „rechtlichem ‘Chaos‘“. Bei den Demonstrationen gegen die Regierung wurde allerdings den deutschen Journalisten deutlich, dass hier meist ältere Menschen

⁵⁹ SZ 10.12.2015; 17.12.2015; 19.12.2015; 17.4.2016; ZEIT 14.01.2015; ZEIT 5.12.2015; SZ 28.05.2015.

⁶⁰ Parlamentswahl: Polen rückt nach rechts SZ 15.12.2015; ZEIT 30.12.2015; 21.01.2016; ZEIT 22.04.2016; SZ 12.01.2016; SZ 19.05.2016.

überwiegen, die noch die kommunistische Zeit kannten. Die jüngeren Menschen sind oft unpolitisch, antieuropäisch, sozial unzufrieden und vergleichen Polen mit Westeuropa oder sehen die Demokratie in ihrem Lande nicht gefährdet⁶¹. Der ehemalige Führer von Solidarnosc, Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa kritisierte die Regierung scharf. Gleichzeitig kamen Akten des früheren polnischen kommunistischen Staatssicherheitsdienstes zum Vorschein, nach denen Walesa als Agent dieses Geheimdienstes gearbeitet habe. Es stellt sich die Frage, ob hier nicht eine politische Instrumentalisierung vorgenommen wurde.

Nachdem die Regierung in Umfragen Verluste einstecken musste, sehen neuere Umfragen PIS wieder auf der Höhe des Wahlergebnisses. Das hat sicher auch damit zu tun, dass sie erstmals Kindergeld in Polen einführte und das Rentenalter von 67 wieder auf den früheren Renteneintritt mit 65 senken wird. Die Finanzierung dieser Wohltaten soll auch durch die stärkere Besteuerung von großflächigen Einkaufszentren erzielt werden. Dabei macht die polnische Regierung nicht den Fehler wie das deutsche Maut-Projekt, das nach Ansicht der EU-Kommission Ausländer diskriminiert und daher abgelehnt wird. Da fast alle großen Einkaufszentren dieser Größe in nichtpolnischer Hand sind, werden fast nur ausländische Unternehmen steuerlich stärker veranschlagt.

Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski würdigte das fünf- undzwanzigjährige Bestehen des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland, kritisierte aber das Pipeline-Projekt Nord Stream 2, da es das Vertrauen zwischen den beiden Ländern untergrabe, da es „nicht nur die Versorgungssicherheit in Ostmitteleuropa sondern auch die Stabilität der Ukraine beeinträchtigt“⁶². Es ist in der Tat so, dass dieses erneute russisch-deutsche Projekt nicht im Sinne der immer von Polen geforderten gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu verstehen ist und die Abhängigkeit von der russischen Energieversorgung nicht verringern dürfte.

Die polnische Regierung geht auch in der europäischen Politik neue Wege. Sie erneuert die Zusammenarbeit mit den Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakien, Ungarn), um auch in der EU über Gemeinsamkeiten etwa in der Flüchtlingspolitik ein Gegengewicht gegenüber Deutschland zu schaffen. In diesen Bereichen dürfte sie auch der britischen EU-Politik näher kommen. Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU würde von der polnischen Regierung sicher bedauert. Die EU-Mittel für Polen würden geschmälert. Der auch von deutscher Seite geäußerte Gedanke, dass Warschau eine stärkere Kooperation mit London in der Europa-Politik suche, um der deutsch-französischen „Achse“ zu begegnen, hätte sich erledigt. Kaczynski traf sich mit dem ungarischen Präsidenten Viktor Orban, vermutlich um vom Umbau Ungarns unter dessen Präsidentschaft zu lernen. Für den Nationalkonservativen Jaroslaw Kaczynski dürfte, wie er selbst bekannte aber

⁶¹ SZ 14.12.2015; 21.12.2015.

⁶² „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 4.04.2016 (Künftig: FAZ); Tagesspiegel 2.02.2016; Kaczynski zitiert BBV 31.05.2016.

Jozef Pilsudski, Militär und Politiker Vorbild sein, der, ohne direkte Vollverantwortung zu übernehmen, in der Zwischenkriegszeit Polen viele Jahre als Diktator regierte. Auch Kaczynski möchte die weitere Renationalisierung Polens lenken und betreiben, ohne selbst direkt im Vordergrund zu stehen⁶³.

Die deutschen Medien verhielten sich anfangs abwartend in der Frage des Umbaus der polnischen Medien durch die neue Regierung, da es in Polen starke unabhängige Privatsender gäbe und verwiesen dabei auf die polnische Bürgergesellschaft⁶⁴. Die Kritik an der polnischen Politik wurde aber immer heftiger und es wurde auf das Vorgehen der EU gegenüber Österreich verwiesen, als die rechtsgerichtete Partei FPÖ unter Jörg Haider 1999 in die Wiener Regierung eintrat. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei weiterer Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit und der Medien die EU für Polen das Stimmrecht im Europäischen Rat entzogen werden könnte⁶⁵, was allerdings am Widerstand Ungarns scheitern dürfte.

Zwar hat die polnische Regierung noch keine umfassenden Vorstellungen für die Beziehungen zu Deutschland vorgestellt. Auch macht es die enge wirtschaftliche Verbindung notwendig, die Beziehungen zum Nachbarland zu pflegen. Aber eine generelles Misstrauen der PiS – Politiker gegenüber Deutschland, die Tusk „Unterwürfigkeit“ gegenüber Merkel vorwarfen, die Dominanzbefürchtungen, die Unterschiede in der Flüchtlings- und Asylpolitik und in der Energiepolitik (Nord Stream 2) lassen befürchten, dass es zu einer weiteren Entfremdung kommt. Kaczynski drückte es so aus: „Wir haben keinerlei Interesse daran, dass die Deutschen die dominierende Kraft sind. Wir müssen unserer Souveränität schützen.“ Die neue polnische Regierung schreckt die Investoren allerdings bisher nicht ab. Der Handelsaustausch mit Deutschland stieg 2015 um 11% auf 48 Milliarden EURO, der Export nach Polen auf 40 Milliarden (+8%). Mit 27% am Export und 23% am Import ist Deutschland der wichtigste Handelspartner (Polen für Deutschland Nr. 7)⁶⁶.

Die Opposition in Polen ist nicht nur geschwächt sondern auch in sich gespalten. Es kommt sicher darauf an, ähnlich wie während der ersten PiS-Regierung, die Kontakte auf allen Ebenen mit Polen zu pflegen, auch die Diskussionen im „Weimarer Dreieck“ wieder zu beleben, wo Polen mit Frankreich und Deutschland auf einer Ebene steht. Zu Recht hat sich die deutsche Regierung bisher bei der einer öffentlichen Kritik an Polens verändertem Staat zurückgehalten. Dies ist abgesehen von der innerpolnischen Diskussion Sache der Europäischen Union⁶⁷.

Schon kurz nach der polnischen Parlamentswahl kommentierte Martin Schulz, Präsident der Europäischen Parlaments: „Da habe eine Partei gewonnen,

⁶³ Adam Krzeminski in ZEIT 4.02.2016.

⁶⁴ SZ 26.01.2016.

⁶⁵ SZ 2.01.2016; 10.3.2016.

⁶⁶ FAZ 12.04.2016.

⁶⁷ K.-O. Lang, *Misstrauen und Zusammenarbeit. Warschau Blick auf Deutschland und Folgen für die deutsch-polnischen Beziehungen*, SWP-Aktuell März 2016.

deren Programm sicher keine Stärkung der europäischen Integration bedeutet⁶⁸. Die EU-Kommission beschloss, die Rechtsstaatlichkeit in Polen zu prüfen⁶⁹. Die Venedig-Kommission des Europarates, eine unabhängiges Gremium von Verfassungsexperten, von Polen selbst um ein Gutachten erbeten, urteilte, „dass die Reform des Verfassungsgerichts die „Unwirksamkeit“ des Gerichts ergebe und „nicht nur die Rechtsstaatlichkeit“ verletze sondern auch das Funktionieren des demokratischen Systems“. Das Europäische Parlament empfahl Polen die Umsetzung des Urteils⁷⁰. Doch die polnische Regierung scheint nicht nachzugeben. Präsident Obama befragte seinen polnischen Kollegen nach den Veränderungen beim polnischen Verfassungsgericht. Aber der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz wollte keinerlei Ratschläge vom bisher so geschätzten Bündnispartner USA in Sachen Demokratie annehmen⁷¹.

Viele Polen sprechen über ein eventuelles zukünftiges Ende dieser Regierung. Es ist die Frage, ob und wann diese Erwartungen in Erfüllung gehen. Die Politiker von PiS werden versuchen den Staat auch weiter in ihrem national-konservativen Sinne umzubauen und die Position Polens in Europa zu stärken. Könnte es den PiS-Politikern nicht – ähnlich wie Viktor Orban in Ungarn – durch umfangreiche politische und wirtschaftliche Strukturveränderungen – gelingen über eine Legislaturperiode hinaus an den Hebeln der Macht zu bleiben? Auf der anderen Seite ist es gerade in Polen vor 1989 gelungen durch Bürgerproteste ein festgefügt-politisches System zu überwinden.

Polen und Deutschland hatten schon vor der Regierungsübernahme durch PiS unterschiedliche Meinungen in den Bereichen Energie, Umwelt, Sicherheit und bei der Flüchtlingsproblematik. Aber für die deutsche Politik und die Medien wird eine starke Abkühlung in den Beziehungen von polnischer Seite spürbar. Das geht weit über die „Kommunikationsschwierigkeiten“ hinaus wie der deutsche Botschafter in Warschau anfänglich beschwichtigend meinte. Die deutsche Politik hält sich bewusst mit Urteilen zurück. Aber für die deutschen Medien ist es klar, dass „Die EU darf sich nicht nur in Polen einmischen – sie muss“⁷².

Die Europäische Kommission richtet sich in ihrem Verhalten zu Polen nach dem 2014 beschlossenen „Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips“ in einem dreistufigen Verfahren. Kommt die Kommission in der ersten Stufe zu dem Schluss, dass „systematische Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit“ bestehe, nimmt die Kommission den Dialog mit Warschau auf. Und übermittelt eine Stellungnahme zur Rechtsstaatlichkeit, wie jetzt geschehen. (Ende Mai 2016). Darauf kann Warschau antworten. In einer zweiten Stufe könnte die Kommission in einer „Rechtsstaatlichkeitsempfehlung“ fordern, die Probleme innerhalb einer bestimmten Zeit zu lösen.

⁶⁸ SZ 27.10.2015.

⁶⁹ SZ 4.01.2016.

⁷⁰ SZ 12.03.2016; 13.04.2016.

⁷¹ SZ 12.03.2016; 4.04.2016.

⁷² SZ 12.01.2016; SZ 15.02.2016.

Sollten die Maßnahmen der Regierung nicht zufriedenstellend sein, könnte es in der dritten Phase bis zur Aberkennung des Stimmrechts im Europäischen Rat kommen. Zwar ist das Verfahren erst in der ersten Stufe. Aber die PiS-Regierung will hart bleiben., da die EU-Kommission sich mit ihrer Stellungnahme außerhalb der EU-Verträge bewege. und Polen dagegen beim Europäischen Gerichtshof Klage einreichen werde⁷³. Es müsste von europäischer und auch deutscher politischer Seite alles versucht werden, um Kompromissbereitschaft von PiS-Seite zu erzeugen, um einen weiteren Fortgang des Verfahrens nicht nötig werden zu lassen. Hierzu wäre eine weitere Stärkung des innerpolitischen polnischen Druckes notwendig, bei gleichzeitiger verstärkter Förderung aller individueller Kontakte zwischen Polen und Deutschland.

Die Veränderungen und Perspektiven in der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik

Die strategische Lage in Europa hat sich seit 2014 völlig verändert. Die NATO hatte seit 1990 ihre Konzentration weniger auf Europa gerichtet. Mit der Annexion der Krim durch Russland und die Auseinandersetzung im Donbass mit militärischer Unterstützung Russlands bekommen sicherheitspolitische Überlegungen ein neues Gewicht. Die politischen Eliten in den USA hatten seit dem Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien, wie dem Kosovo, beklagt, dass Europa seine Probleme nicht selbst sondern nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten lösen könne. Die USA hatten aber ihr Augenmerk in den letzten Jahrzehnten weit mehr auf den Nahen und Mittleren Osten als auf Europa gerichtet. Es seien aber größere Rüstungsanstrengungen der europäischen Partner im Rahmen der NATO notwendig. Von Präsident Obama bis zum Bewerber um die republikanischen Präsidentschaftskandidatur Donald Trump hatten Politiker die mangende militärische Bereitschaft in Europa beklagt. Die von der NATO geforderten 2% des Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungshaushalt zu verwenden, erreichen nur Großbritannien mit 2,4, erstaunlicherweise Griechenland mit 2,3% und Frankreich knapp mit 1,9% Polen liegt bei 1,8% Deutschland nur bei 1,3% (2013)⁷⁴. Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014 wurde angesichts der internationalen Lage beschlossen, die Verteidigungsanstrengungen zu erhöhen⁷⁵. Selbst in Staaten mit langer Tradition wie Schweden und Finnland – selbst neutral auch während des Ost-West-Konfliktes – gibt es Überlegungen wegen der gefühlten Bedrohungslage der NATO beizutreten⁷⁶. Hillary Clinton hat betont, dass sie bei einer Präsidentschaft enger mit den Alliierten zu-

⁷³ SZ 4.01.2016; SZ 13.04.2016; SZ 23.05.2016; SZ 2.06.2016.

⁷⁴ EU A-Z, 14. Aufl. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 276–287; Jahrbuch 2015, 551–556; Internationale Sicherheitspolitik („Informationen zur politischen Bildung“), 2/2015, 61.

⁷⁵ NATO-Wales Summit, September 2014.

⁷⁶ SZ 16.09.2014.

sammenarbeiten würde. Trump dagegen hat die NATO als „obsoleter“ bezeichnet und die Partner zu mehr Eigenanstrengungen aufgefordert.

Der polnische Außenminister Waszczykowski sprach sich zwar gegen eine Vertiefung der Europäischen Union und gegen ein föderatives Europa aus: „Die Bürger der Gemeinschaft verstehen nicht, warum supranationale Institutionen über die für sie wichtigsten Fragen entscheiden sollen.“ Aber er schrieb im Widerspruch dazu, dass die „beispiellosen Veränderungen in der geopolitischen Lage...“ eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und die strategische Zusammenarbeit zwischen EU und NATO erfordere⁷⁷.

Die Staaten, die sich besonders von Russland bedroht fühlen wie Polen, Litauen, Slowakei erhöhen ihren Verteidigungshaushalt deutlich. Auch die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen fordert eine Aufstockung der Soldatenzahl um 7000 bei bisher 170 000. Eine amerikanische Studie stellt fest, dass ein Großteil der Deutschen, mehr als die Bürger anderer Staaten es ablehnen würde, dass Deutschland einem anderen NATO-Land, angegriffen von Russland, helfen würde⁷⁸. Es besteht zusätzlich die Gefahr eines neuen globalen Rüstens, da es selbst inzwischen einen Wettbewerb zwischen USA, Russland und China im Bereich der kleineren, weniger zerstörerischen Nuklearwaffen gibt⁷⁹.

Seit dem NATO-Gipfel in Wales gibt es nicht nur NATO-Manöver in Osteuropa sondern auch das Projekt einer schnellen Eingreiftruppe in mittel- und osteuropäischen NATO-Staaten mit etwa 30000 Soldaten. Deutschland wird dabei 2700 Soldaten stellen. Dazu kommen Stabsstellen in diesen Staaten, da die Eingreiftruppe nicht an einem Ort stationiert ist sondern rotiert⁸⁰. Die USA wird ebenfalls eine Brigade mit 4200 Soldaten und 250 Panzern nach Osteuropa entsenden. Auch diese Truppe wird rotieren. Die russische Regierung verstärkt entsprechend ihre Truppen an ihren Westgrenzen, beispielsweise im Oblast Kaliningrad/Königsberger Gebiet.

Die Rotation der NATO-Truppen geht auf die NATO-Russland Akte aus dem Jahre 1997 zurück, worin sich die Vertragspartner verpflichten, keine Kampftruppen „dauerhaft“ im Grenzgebiet zu stationieren. Allerdings hat die polnische Regierung darauf hingewiesen, dass dieses Dokument bei der Rotation von „gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld“ ausgehe. Da sich die Sicherheitslage seither geändert habe, fordert sie eine dauerhafte Stationierung von Truppen in den mittel und osteuropäischen Staaten. Dies wird sicher einer der Hauptkontroversen – auch zwischen Polen und Deutschland auf der NATO-Tagung in Warschau (Juli 2016) sein⁸¹.

⁷⁷ FAZ 4.04.2016.

⁷⁸ US-Studie. Mehrheit der Deutschen würde NATO-Partner nicht verteidigen.

⁷⁹ SZ 29.01.2016; 6.04.2016; „New York Times“, 22.04.2016.

⁸⁰ SZ 2.02.2015, BBV 19.9.2015; Ukrainekrise. NATO will schnelle Eingreiftruppe für Osteuropa.

⁸¹ Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit zwischen der Nordatlantikvertrag-Organisation und der Russischen Föderation, Paris May 1997.

Auf der Grundlage der NATO-Russland Akte tagte jetzt erstmals seit 2014 wieder, auf deutsche Initiative hin, der NATO-Russland Rat. Die deutsche Regierung wollte trotz oder gerade wegen der Ukraine-Krise und der gegenseitigen militärischen Vorhaben den Kontakt zu Russland nicht abreißen lassen. Die Diskussion in diesem Rat brachte keine Ergebnisse, obwohl es erste militärische Zwischenfälle gab. Dazu schreibt die russische, militärnahe Zeitung Iswestja: Die NATO habe der Sitzung des NATO-Rates zugestimmt, weil die Erfolge des russischen Militärs in Syrien gezeigt habe, dass Russland eine „ernstzunehmende Macht“ ist. Die NATO aber sei nur ein Vasall der USA. Es sei daher wichtiger zu russisch-amerikanischen Gesprächen zu kommen⁸² da die Gefahr eines „begrenzten militärischen Konflikts zwischen Russland und den USA wahrscheinlicher sei als während des kalten Krieges“⁸³.

Da die Kämpfe in der Ostukraine, auch mit schweren Waffen weiter zunehmen und bisher über 9000 Menschen meist Zivilisten gestorben sind – ist es um so wichtiger, dass das Minsker Abkommen umgesetzt wird. Es sieht neben Waffenruhe, lokale Wahlen im Donbass vor. Um die Sicherheit und die Freiheit der Wahlen zu gewährleisten, gibt es Planungen eine Schutztruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu schaffen, die bisher schon die Entwicklung im Donbass beobachtet hat. Russland ist Mitglied in dieser internationalen Organisation – derzeit unter deutschem Vorsitz – das nach westlichen natürlich nicht verifizierbaren Schätzungen 35 000

Militärs in dieser Region eingesetzt hat. Die russische Regierung könnte eventuell einem solchen Projekt einer Schutztruppe zustimmen, weil dadurch die separatistischen Milizen eine gewisse Legitimität erhielten. Umstritten ist allerdings zwischen Kiew und Moskau, ob diese Schutztruppe bewaffnet sein soll⁸⁴.

Um dem Bedrohungsgefühl in den mittel- und osteuropäischen NATO-Staaten entgegenzukommen und glaubwürdig zu sein, werden NATO-Truppen verstärkt in diese Region gehen, was von Russland mit militärischen Gegenreaktionen beantwortet wird. Um diesen Kreislauf des Wettrüstens zu unterbrechen, muss auf allen Ebenen versucht werden, das Gespräch mit Russland zu suchen. Russland und die Vereinigten Staaten haben im Atom-Abkommen mit dem Iran und im Syrienkonflikt erste Ansätze für eine Kooperation gefunden. Es kommt in der internationalen Politik darauf an, auch in Europa einvernehmliche Lösungen zwischen dem Westen und Russland zu finden⁸⁵.

⁸² Iswestja in SZ 23.04.2016; SZ 13.02.2016: 9.04.2016; 2016; 20.04.2016.

⁸³ Zit. Nach SZ 20.04.2016.

⁸⁴ SZ 12.04.2016; 20.04.2016.

⁸⁵ SZ 2.16.2016.